4. Jahrgang. Nr. 11.

Einzelnummer 50 Pf.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2.20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Freitag, 13. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Wer soll die Sachwerte erfassen?

Kommissionen der Gewerkschaftsbürokraten — oder die kampfbereite Arbeiterschaft?

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund stellte vor zwei Monaten die bekannten zehn Forderungen auf, die zu dem Vorgehen der Wirth-Regierung, die gesamte Steuerlast auf die Schultern des arbeitenden Volkes zu legen, die Reichsbetriebe in die Hand von Stinnes zu geben, Stellung nahm.

Der ADGB. hat aber bis heute nichts getan, um seine 10 Forderungen, die als wichtigste die Beteiligung des Reiches an den Sachwerten in der Form, daß 25 Prozent des gesamten Aktienkapitals in die Hände des Reiches gelegt werden sollten, in sich schlossen, Nachdruck zu verschaffen.

Unsere Befürchtung, daß die letzten 10 Punkte des ADGB. einen ähnlichen Weg gehen, wie die Punkte des ADGB. zur Arbeitslosenfrage, wie das Bielefelder Abkommen, soll sich nun erfüllen.

Der ADGB. hat die Stimmen der freigewerkschaftlichen Massen, die schärfsten Kampf zur Verwirklichung der zehn Punkte verlangten, nicht beachtet. Im ganzen Reich haben die, dem ADGB. angeschlossenen Organisationen, haben Betriebsrätekongresse verschiedener Bezirke der ADGB. vorwärts zu stoßen versucht.

Vor wenigen Wochen erst hat der Betriebsrätekongreß von Groß-Berlin in einer scharfen Entschließung, eine schleunige Gesetzesvorlage zur Erfassung der Sachwerte, angenommen. Die Gewerkschaftsbürokraten Groß-Berlins konnten nicht verhindern, daß auch die „legal einberufene" Betriebsräte-Vollversammlung die Entschließung der „wilden Versammlung" einstimmig annahm.

Der ADGB. hat all den Stimmen nach schärfstem Kampf nicht Rechnung getragen. Zu seiner absoluten Einstellung auf die Arbeitsgemeinschaft hat der ADGB. jetzt eine Kundgebung erlassen, in der eine neue Kommission aus Vertretern des ADGB., der Afa, der UPD. und der USPD. zusammengesetzt, angekündigt wird, die sich mit den Steuerfragen beschäftigen soll.

Die Kundgebung hat folgenden Wortlaut:

Die Durchführung des Steuer- und Reparationsproblems scheint immer mehr auf ein stilles Geleis zu geraten. Die Einziehung der Vermögenssteuer und des Reichsnotopfers läßt nach wie vor auf sich warten. Von der Kreditaktion der Industrie und der Heranziehung der Landwirtschaft hört man seit dem Beschluß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates auch wenig mehr und die Erfassung der Sachwerte, die den Ausgangspunkt für die gesamte Finanzreform bilden sollte, scheint gänzlich begraben werden zu sollen. Nur die Einhebung der Lohn- und Gehaltsabzüge geht prompt von statten, so daß schließlich die Arbeitnehmer allein die Lasten tragen, die das Reich erfordert. Die Gewerkschaften sind aber nicht willens, sich mit diesem Zustande der Lastenverteilung abzufinden und sie haben deshalb in Gemeinschaft mit den Vorständen der beiden sozialdemokratischen Parteien beschlossen, in der Steuer- und Reparationsfrage mit stärkerem Nachdruck vorzugehen. Sie haben ferner zur besonderen Bearbeitung der Fragen der Erfassung der Sachwerte eine gemeinsame Kommission eingesetzt, der folgende Genossen angehören:

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: Wissell, Tarnow, Albrecht.
Afa-Bund: Aufhäuser, Urban.
SPD.: Bernstein, Lehmann.
USP.: Dr. Hilferding, Dr. Hertz.

Die Kommission wird ihre Arbeiten unmittelbar nach dem Parteitag der USP. aufnehmen.

Eine Kommission soll also den ADGB. damit betrauen, in der Steuer- und Reparationsfrage einen entschiedeneren Standpunkt zu vertreten. Die Erfassung der Sachwerte, schon monatelang heiß umstritten und debattiert, soll noch einmal in einer Kommission durchgekaut werden.

In die vom ADGB. gebildete Kommission soll derselbe Bernstein als Vertreter der SPD. kommen, der am vergangenen Dienstag im Hauptausschuß des Reichstages die Stellungnahme der Reichsregierung begrüßte, der verlangte, daß der Steuerausschuß weiter beraten solle, um den „Bedürfnissen des Reiches und den Wünschen der Wählermassen zu entsprechen." (!!)

Die Stellungnahme des Reiches ist aber die, daß sie durch den Mund des stellvertretenden Finanzministers bedauert, daß durch die Steuerausschüsse an den Vorlagen der Regierung Abstriche gemacht worden seien. Hermes verlangt, daß diese Abstriche, bei der Kohlensteuer mit 4000—5000 Millionen Mark, der Zuckersteuer mit 500, der Biersteuer mit 200, der Tabaksteuer mit 400, den Zöllen mit 1500, der Umsatzsteuer mit 5000 Millionen Mark, also einen Ausfall von insgesamt 12 Milliarden Mark in der zweiten Lesung wieder bewilligt werden.

Diese Stellungnahme der Regierung begrüßt der SPD.-Mann Bernstein.

Das Stinnesorgan, die „Deutsche Allgem. Ztg.", ist aber nicht zufrieden mit der Erklärung Bernsteins. Sie verlangt, daß die abgestrichenen 12 Milliarden unter allen Umständen hereingebracht werden müssen. „Das gesamte Bürgertum müsse in dieser Frage geschlossen hinter der Regierung stehen. Wenn aber die Demokraten aus parteitaktischen Gründen sich den Arbeiterparteien anschließen sollten, dann sei die Frage der Reichstagsauflösung akut."

Wir zweifeln daran, daß die Sozialdemokraten, die Demokraten, der ADGB. den Mut aufbringen, vor allem nach der Erklärung Bernsteins, gegen die restlose Aussaugung des arbeitenden Volkes entschiedene Stellung zu nehmen, daß sogar eine Reichstagsauflösung kommt. Und doch wäre gerade jetzt und in den kommenden Wochen die Möglichkeit vorhanden, an Hand des unverschämten Steuerabzuges, der beginnenden Krise mit Lohnabbau, Aussperrungen und Arbeitslosigkeit, die Massen in Bewegung zu bringen, zu versuchen, mit außerparlamentarischen „legalen" Maßnahmen das Proletariat von der Unmöglichkeit einer Wirtschaft und Politik, die immer weiter in Not und Elend führt, zu überzeugen.

Die Sozialdemokraten, die gerade auch in Schlesien angeben, daß sie nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, der ADGB. und der Afa-Bund mit ihrer Zehnmillionengefolgschaft hätten jetzt die Möglichkeit, ihre Macht in die Wagschale zu werfen. Solange aber die Frage der Reichstagsauflösung noch nicht akut ist, besteht die Aufgabe des revolutionären Proletariats vor allem darin, den Kampf um die 10 Punkte des ADGB. in breiter Front zur Aufrollung zu bringen.

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträgnisse der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von dem Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effektengeschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die mit unheimlicher Geschwindigkeit herannahende Krise, die im Gefolge hat Arbeitslosigkeit, Abbruch und Ausverkauf der Produktionsmittel, Sabotage der Unternehmer, verlangt mit gebieterischer Notwendigkeit auch den Kampf um die Kontrolle der Produktion.

Daß dieser Kampf nicht erfolgt noch geführt wird, wenn die Spitzenorganisationen eine Kommission einsetzen, ist jedem Arbeiter klar. Nur wenn die breite Masse des werktätigen Volkes, wenn ihre direkten Vertreter, die mit den weitgehendsten Rechten ausgestatteten Betriebsräte im Verein mit den Gewerkschaften und den politischen Parteien den Kampf mit Entschiedenheit aufnehmen, wird das Proletariat bewahrt vor Not und Tod.

—tsch.

Das Teilmoratorium.

Cannes erfüllt grundsätzlich die Bitte der Wirthregierung nach einem Moratorium: die Börse antwortet mit einem Dollarsturze und neuer Aktienentwertung. Der erste Schritt zur Sanierung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft soll getan werden: seine erste Auswirkung ist das Gespenst der Wirtschaftskrise. In der Tat: drastischer kann das Widerspruchsvolle des gesamten kapitalistischen Wiederaufbaubemühens nicht gezeigt werden als in dieser Wirkung des ersten Beschlusses von Cannes.

Der wirtschaftliche Zerfall Deutschlands, die unmittelbare Folge des Krieges und des Sieges seiner imperialistischen Konkurrenten schlug in die Valutakonjunktur und die Dumpingkonkurrenz der deutschen Industrie um, die die Ueberwindung der Weltkrise in Amerika und England immer mehr erschwerte. Der Versuch, durch das Teilmoratorium diese Krise zu überwinden, Europa nach den Worten Lloyd Georges wirtschaftlich wieder instand zu setzen, schlägt um in eine Krise für die deutsche Industrie.

Vom Standpunkt der Börse, vom Standpunkt des deutschen Unternehmertums aus ist die Bestürzung die einzig logische Antwort auf die Stundung von Cannes. Denn das Teilmoratorium und mehr noch die mit ihm verknüpften Bedingungen werden mit der Scheinkonjunktur den Schein einer wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit Deutschlands gegenüber dem westlichen Imperialismus verschwinden lassen. Das Teilmoratorium ist nicht der Anfang des Aufstieges, sondern die Besiegelung der Niederlage Deutschlands.

England und Frankreich gewähren die Stundung nur zu dem Zweck, den lästigen Konkurrenten vom Weltmarkt zu beseitigen. Wenn die deutsche Regierung außer den Sachleistungen im Jahre 1922 statt 2 Milliarden Goldmark nur noch 700 Millionen leisten soll, dann ermäßigt sich entsprechend die Passivität der deutschen Zahlungsbilanz, die Devisenspekulation wird eingeschränkt: die Mark steigt. Damit fällt die Valutakonjunktur in sich zusammen; der deutsche Ausverkauf hört auf. Neue Arbeitslosigkeit setzt ein.

Wenn weiter das Wiesbadener Abkommen zugunsten Englands abgeändert wird, so verliert die deutsche Industrie einen Teil der Wiederaufbaugewinne, die ihr Rathenau zuschanzen wollte. Das bedeutet eine Krisenursache mehr für die deutsche Wirtschaft.

Dem gleichen Zweck der Ausschaltung der deutschen Konkurrenz dienen auch die Bedingungen, an deren Annahme die Gewährung des Teilmoratoriums geknüpft ist: die Erhebung der Zölle in Goldmark; die Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife; die Heraufsetzung des Inlandkohlenpreises; die Bilanzierung des Staatshaushaltes; die Verhinderung der Kapitalflucht; die Einschränkung des Papiergeldumlaufs; die Reformierung der Reichsbank.

Die Sorge um das Wohlergehen der deutschen Finanzen, die in diesen Bedingungen zum Ausdruck zu kommen scheint, ist nichts weiter als die Sorge um die von der fortdauernden Krise niedergedrückten, eigenen Industrie der imperialistischen Mächte. Mit diesen Bedingungen wollen England und Frankreich die Staatsunterstützung des Valutaausverkaufs, die in dem Reichsdefizit in der uferlosen Notenausgabe, der Ansammlung deutscher Guthaben im Ausland und der dadurch bedingten chronischen Geldentwertung liegt, beseitigen. Mit der Erhöhung der Inlandkohlenpreise wollen sie die Billigkeit der deutschen Rohstoffe treffen, um so den Preis der Fertigfabrikate den Weltmarktpreisen anzugleichen und die deutsche Industrie konkurrenzunfähig zu machen.

Diese Stundungsbedingungen als Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Sanierung Europas sind nichts weiter als die Errichtung einer internationalen Finanz- und Industriekontrolle über Deutschland, ein Eingriff in seine Staatshoheitrechte, wie sie bisher eine kapitalistische Großmacht sich niemals gefallen ließ. Sie entsprechen im wesentlichen den Forderungen, die vor einigen Wochen die britischen Industriellen in einer Denkschrift aufstellten, um die deutsche Konkurrenz lahmzulegen.

Die zwiespältigen Interessen Englands und Frankreichs werden im Moratorium und seinen Bedingungen auf Kosten Deutschlands ausgeglichen: Frankreich erhält in seinen Finanzschwierigkeiten den größten Teil der deutschen Barzahlungen zugewiesen; England bekommt die Mittel in die Hand, um seine Industrie wieder aufzurichten.

Aber erfüllt die Entente, indem sie jene Forderungen an Deutschland richtet, nicht auch die Forderungen der deutschen Arbeiterschaft auf eine geregelte Finanzwirtschaft und eine Stillegung der Notenpresse? Für Kautsky, der in Wilson den Verwirklicher seiner pazifistischen Illusionen sieht, für Hilferding und Breitscheid, die in der Verständigung mit dem

Entente-Imperialismus das A und O der sozialistischen Auslandspolitik erblicken, mag es kein Unterschied sein, ob diese Bedingungen durchgesetzt werden im Burgfrieden mit der Entente oder durch den Kampf der deutschen Arbeiterschaft gegen ihre Bourgeoisie. Doch nur d i e Sanierung der deutschen Finanzen, die geschieht durch die Unterwerfung der Bourgeoisie unter den Willen des Proletariats, die ihren Ausdruck in der Staatskontrolle über die Sachwerte findet, kann die Arbeiterschaft auf die Dauer aus dem Elend herausführen. D i e Finanzsanierung dagegen, die im Burgfrieden die deutsche Bourgeoisie dem Willen der Ententekapitalisten unterwirft, trifft in letzter Linie immer wieder die Arbeiter. Denn auf diese Bedingungen der Entente antwortet das deutsche Unternehmertum mit der Wirtschaftskrise und Betriebsstillegungen, mit Arbeitslosigkeit und Lohndruck.

Neues Massenelend ist die Folge des Wirtschaftsaufbaues von Cannes.

Niemals wurde klarer als in diesen Tagen, was diejenigen am deutschen Proletariat gesündigt haben, die jetzt wieder in Leipzig mit ihrer antibolschewistischen Hetze nicht nur ihr festgefahrenes Parteischiff wieder flottmachen, sondern das Wohlwollen der Entente-Bourgeoisie gleichzeitig mit dem der Scheinsozialisten und der Stinnes-Bourgeoisie erkaufen wollen.

Gleichzeitig mit Deutschland wird Lenin als Vertreter Sowjet-Rußlands zur kommenden Wirtschaftskonferenz nach Genua eingeladen. Während aber Deutschland mit der Preisgabe seiner Souveränität das Moratorium erbetteln muß, kommt Rußland nicht als Bittender, sondern als Gebender. Gewiß bedarf auch Rußland des Kapitalismus zu seinem Wideraufbau. Es ist auf ihn angewiesen, weil die internationale Sozialdemokratie ihm gegenüber versagt hat, weil die Internationale 2 und 2½ lieber mit Lloyd George und Briand paktiert haben, statt mit Lenin zu kämpfen. Aber ebenso bedarf der Kapitalismus Sowjet-Rußlands. England kann aus seiner Krise nicht herauskommen, solange ihm der russische Markt fehlt. Darum sucht Lloyd George die Verständigung mit Sowjet-Rußland und richtet eine „freundschaftliche Botschaft“ an Lenin.

Während die Entente die Nadelstiche der deutschen Dumpingkonkurrenz mit einer Handbewegung erledigen kann, muß sie mit Rußland als einem gleichgestellten Staat verhandeln — ihm entgegenkommen. Denn Rußland, der proletarische Staat, ist die einzige Macht, die den Raubgelüsten des Imperialismus getrotzt, die alle englischen und französischen Angriffe blutig abgewiesen hat. Während darum für Ebert-Deutschland Cannes den Schlußstrich unter seine Niederlage bedeutet, wird es für Rußland der Beginn seines Aufstieges — trotz aller Schwierigkeiten, die es sicher noch zu überwinden haben wird. Es zeigt sich, daß der Wiederaufbau der verwüsteten Welt mehr ist als ein bloßer Streit über die Verteilung und Eintreibung der deutschen Zahlungen zwischen den kapitalistischen Mächten. Es zeigt sich, daß es ein Weltproblem ist, daß ohne die proletarische Macht Rußland nicht gelöst werden kann. In dem Augenblick, da ausgerechnet Paul Levi sein Klagelied auf das sterbende Rußland singt, tritt es in den Mittelpunkt der Weltpolitik. Es wird zum Angelpunkt des Wiederaufbaues, weil die Bolschewiki allen menschewistischen Warnungen zum Trotz nicht beim Sturz des Zarismus Halt gemacht haben.

Für Deutschland, für das deutsche Proletariat ist die Lage klar. Noch einmal ist sein Schicksal in seine Hand gegeben. Noch einmal steht es vor der Entscheidung, ob es im Burgfrieden, in der Unterwerfung unter den Imperialismus und seinen deutschen Zwischenmeister alle Lasten und alles Elend des Wiederaufbaues auf sich nehmen will, oder ob es an der Seite Räterußlands seine Bedingungen den Bedingungen des Kapitals entgegenstellt.

Deutschland und Rußland werden in der Konferenz von Genua erscheinen. Der Platz Deutschlands kann im eigensten Interesse des Aufbaues der deutschen Wirtschaft, der Erhaltung ihrer Selbständigkeit und der Möglichkeiten ihrer Entfaltung nur an der Seite Lenins sein.

Politische Übersicht.

Das Ende einer menschewistischen Lüge.

Wieder einmal stellt sich heraus, daß die menschewistischen Zeitungen, voran natürlich die SPD.-Blätter Schlesiens, dem sprichwörtlich gewordenen Antibolschewistenlügenbazillus zum Opfer gefallen sind. Eine ganze Woche lang hat man in allen Tongrten gegen die verfluchten Bolschewiki gehetzt, die angeblich 300 Menschewiki infolge ihrer Behandlung in Moskauer Gefängnissen zum Hungerstreik getrieben haben.

Nun erhalten wir folgendes Telegramm über Riga aus Moskau:

> Das Gerede betreffs vermeintlicher schwerer Leiden der Menschewikis ist pure Verleumdung. Nicht dreihundert, sondern 34 werden aus Moskau wegen ihrer konterrevolutionären Tätigkeit ausgewiesen, müssen entweder in einer der folgenden drei Städte Liubim, Gouvernement Jaroslav, Kaschin, Gouv. Twer, Korotojak, Gouvernement Woronesch, oder, falls sie es wünschen, k ö n n e n s i e a u f K o s t e n d e r S o w j e t r e g i e r u n g i n s A u s l a n d f a h r e n. Angesichts ihrer feindlichen Tätigkeit gegen die Sowjetregierung ist diese Verfügung eine außerordentliche milde.

Während in Lichtenburg, Sonnenburg, Brieg, Jauer, Sagan und vielen anderen Kerkern der Ebertrepublik die politischen Gefangenen schmachten, stellt die Sowjetregierung verurteilten Konterrevolutionären sogar frei, ins Ausland zu übersiedeln. Gibt es eine mildere Behandlung von Leuten, die in schwerster Zeit der Revolution in den Rücken gefallen sind. Herr Radbruch, wann werden Sie den Grad der Milde gegen revolutionäre Arbeiter anwenden, den die geschmähte Sowjetregierung anwendet?

Ob die SPD.-Presse wohl noch soviel politische Anständigkeit bewahrt hat, daß sie nunmehr ihre Falschmeldungen widerruft? Oder müssen Kommunisten um jeden Preis verleumdet werden?

Der Parteitag der USPD.

Renaudel und Grumbach in Leipzig.

Wann kommt die Hochzeit mit den Noske-Sozialisten?

Schon sind die Brautwerber da. Der französische Scheidemann, Herr Renaudel, von der auf 2 bis 3000 Mann zusammengeschrumpften sozialistischen Partei Frankreichs und sein Famulus und Kopist, der Elsässer Grumbach und der Ulrich Rauscher, früherer Pressechef, den Ebert und Noske stamm- und geistesverwandt, sind die Götzen des Parteitages der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Sie sind die Prominenten in Leipzig. Sie beherrschen wie mit gewaltigem Aufwande Herr Grumbach, diese Vertreter der USP.-Funktionäre. Nicht Ledebour oder Rosenfeld, nicht einmal Crispien oder Hilferding, sondern die französischen Kriegssozialisten werden mit größtem Interesse und tosendem Beifall angehört von den Vertretern der „revolutionären“ USPD.

Wer ist Herr Renaudel? Der intimste Freund des Albert Thomas, der Unterstützer der Politik Poincarés, Millerands, Briands während des Krieges! Der Befürworter des Völkerbundes. Und nicht umsonst hat man diesen demagogischen Rhetor in Frankreich — um seine unzulängliche Nachahmung Jaurès witzig zu kennzeichnen — den Jaurès pour les animaux getauft, den Jaurès für die Tiere (von Beruf ist er ursprünglich Tierarzt).

Und wer ist Herr Grumbach? Der zweite Korrespondent der „Humanité“ während des Krieges. Da nannte er sich Homo (ein Mensch). Er entlarvte im Namen der französischen Regierung die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokraten. Er schmähte Wilhelms Lakaien, er sammelte all ihre Elaborate und gab als „Siegwart“ — auch dieser Name ist nicht ohne Symbolik — ein dickes Buch heraus „Die deutsche Annexionspolitik“. Jetzt kämpft er seit drei Jahren für die Wiedervereinigung mit den ehemaligen Kaisersozialisten. Seine Forderung, die er mit echt „gallischem Pathos“ nicht genug wiederholen kann, gipfelt in dem Ruf: Einigung um jeden Preis. Nichts kann die Unorientiertheit, die noch immer nicht überwundenen Illusionen der USP. schärfer und schonungsloser kennzeichnen als der Beifall, den ihre Bürokratie diesen Politikastern bezeugt, die sich vor den Massen der internationalen revolutionären Arbeiterschaft aufs ärgste kompromittiert haben, kaum minder als Ebert und Noske. Mit Recht sitzt der Berichterstatter des „Vorwärts“, nicht wie andere Pressevertreter, die oben auf die Galerie verwiesen worden sind, unten im Saal am Tisch der Ehrengäste Renaudel und Grumbach, das heute Herr Viktor Schiff, bis November 1918 im k. k. Kriegspresseamt in Wien hockend, auch redlich verdient.

* * *

Wiener Weihrauch. — Nationalist Grumbach. — Dißmann fordert den Kampf des ADGB. um die 10 Punkte.

Um 9,30 Uhr begann die Dienstag-Sitzung.

Dißmann spricht von der gewaltigen Macht der Gewerkschaften. Ob Koalitionsregierung oder sozialistische Regierung, gegen den Willen der Gewerkschaften, die 8 Millionen Arbeiter umfassen, kann keine Regierung mehr existieren. Wir erwarten, daß das vorliegende **Manifest einstimmige Annahme** finden wird. Die Einigkeit des Proletariats ist die Sehnsucht der Massen. Das Manifest ist dazu angetan, diese Sehnsucht zu verwirklichen. Die Zersplitterungsaktion Moskaus ist zuschanden geworden. Die **Selbständigkeit der Gewerkschaften** muß erhalten bleiben. Sie müssen selbständig ihre Taktik festlegen und nicht unter das Diktat einer Partei gestellt werden. Das Gesamtbild, das sich uns zeigt, zwingt Partei und Gewerkschaften die Gewißheit auf, daß wir vor neuen Kämpfen stehen.

Die 10 Forderungen dürfen nicht auf dem Papier bleiben.

Glauben Sie nicht, daß die Spitzen etwas tun, wenn nicht die Massen von unten drängen. Der Kapitalismus ist im Erstarken, die Gewerkschaften müssen frei ihren Weg gehen und sich fernhalten von Koalitionspolitik und Putschismus.

Soltmann-Frankfurt gibt den Bericht der **Mandatprüfungskommission**: 188 Delegierte mit Stimmrecht, 13 Abgeordnete, 12 Mitglieder der Zentralkommission, 7 Mitglieder des Beirats, 7 von der Kontrollkommission und einer von der Jugendorganisation sind anwesend.

Niekisch-Augsburg spricht von den **separatistischen Tendenzen in Bayern**, daß hinter dem Ministerpräsidenten Kahr Herr Dr. Hahn gestanden habe. Unsere Partei, sagt er, ist in Bayern schwach, wir stehen auf verlorenem Posten, wenn die Partei im Reiche uns nicht hilft. Das System Kahrs unter Lerchenfeld ist genau dasselbe geblieben. Niekisch deutet dann auf die engen Beziehungen hin zwischen den bayrischen Separatisten und Frankreich.

Grumbach-Paris bezeichnet, an Niekischs Aeußerungen anschließend, Bayern als Bedrohung Europas. Das „Populaire“, sein Blatt, habe gefordert, daß Rathenau nach Cannes eingeladen würde, alle Blätter waren dagegen. Mit selbstrühmendem Pathos ruft er aus: Wir haben gesiegt! Wir haben's erreicht, jetzt ist Rathenau durch unsere Aktion eingeladen worden. Der gesunde Menschenverstand ist mit uns. Diesen mit großer Leidenschaft hinausgeworfenen Plattheiten folgt brausender Beifall.

Hilferding beräuchert seine Partei und sich selbst. Die Friedensverhandlungen, sagt er, sind gekommen, wie wir es vorausgesehen hatten. Jetzt erst beginnen die wahren Friedensverhandlungen in Cannes. Der Zwang der ökonomischen Verhältnisse lasse die Bourgeoisie umlernen, lasse die kapitalistischen Staaten Westeuropas umlernen. Man hat uns nicht geglaubt, jetzt aber handelt man nach unseren Ratschlägen. Lloyd Georges verfolgt sehr genau die Entwertung des englischen Pfunds und der französischen Francs, und deshalb die Umkehr, die wir in Washington und jetzt in Cannes erleben. Hilferding triumphiert. Keine Aufgabe unserer Grundsätze solle der Parteitag bringen. Aber vorwärts. (Vermutlich meint er damit: Rückwärts zum „Vorwärts“, den Noskesozialisten. Mit ihnen will er die Welt erobern.)

Erweiterung der amerikanischen Hilfe für Rußland.

In Riga weilte auf der Durchreise nach Moskau der Leiter der amerikanischen Hilfsadministration für Rußland, Colonel Haskel. In einer Unterhaltung mit einem Pressevertreter teilte er mit, es sei beschlossen worden, die Hilfstätigkeit für Rußland im Februar ganz bedeutend auszudehnen. Es sollen statt der bisherigen 1 Million Kinder in Zukunft 2 Millionen und dazu 5 bis 10 Millionen Erwachsene ernährt werden. Die Sowjetregierung habe

---

Die Mutter.

Sozialer Roman von M a x i m G o r k i.

Uebersetzt von A d o l f H e ß.

Trotzdem wir bereits in vorherigen Frauenbeilagen den Anfang des vortrefflichen Romans: „Die Mutter“ brachten, beginnen wir nochmals den Roman von vorn, um den vielen inzwischen neu hinzugetretenen Abonnenten entgegen zu kommen.

(Die Redaktion.)

I.

Jeden Tag zitterten und brüllten in der räucherigen, öligen Luft über der Arbeitervorstadt die Töne der Fabrikpfeife, und dem Ruf der Dampfkraft gehorchend, kamen aus den kleinen grauen Häusern mürrische Leute, die ihre Muskeln durch Schlaf nicht hatten erfrischen können, gleich erschreckten Schaben geschäftig auf die Straße gelaufen. In der kalten Dämmerung schritten sie auf der schmalen, ungepflasterten Straße zu den hohen Steinkäfigen der Fabrik, die die Menschen mit gleichgültiger Zuversicht erwarteten und ihren schmutzigen Weg durch Dutzende fetter, gelber, quadratförmiger Augen erleuchtete. Der Schmutz klappte unter den Füßen, als bedauere er spöttisch etwas. Schrille Rufe verschlafener Stimmen ertönten; heiseres, bösartiges Schimpfen durchschnitt die Luft, während dumpfe Töne: schwerer Maschinenlärm und unzufriedenes Knurren des Dampfes, den Menschen entgegentönten. Mürrisch und streng schimmerten die hohen schwarzen Schornsteine, die gleich dicken Stöcken über der Vorstadt in die Höhe ragten.

Abends, wenn die Sonne unterging und ihre roten Strahlen müde auf den Fensterscheiben der Häuser schimmerten, warf die Fabrik die Menschen gleich übriggebliebenen Schlacken aus ihrem Steinschoße aus, und sie schritten wieder die Straßen entlang, rauchgeschwärzt, mit schwarzen Gesichtern, in der Luft den klebrigen Geruch von Maschinenöl verbreitend, mit glänzenden, hungrigen Zähnen. Jetzt klang Lebhaftigkeit und sogar Freude aus ihren Stimmen — für heute war die Zuchthausarbeit beendet, zu Hause harrten Abendessen und Erholung.

Wieder war ein Tag von der Fabrik aufgezehrt, die Maschinen hatten aus den Muskeln der Menschen herausgesogen, was sie nötig hatten. Der Tag war spurlos aus dem Leben ausgelöscht, der Mensch hatte unmerklich wieder einen Schritt zum Grabe getan, aber er hatte jetzt den Genuß der Erholung, die Freuden der räucherigen Schenke dicht vor sich und — war zufrieden.

An Feiertagen schlief man bis zehn Uhr, dann zogen die Soliden und Verheirateten ihr bestes Kleid an und gingen zur Messe, indem sie unterwegs auf die Jugend wegen ihrer Gleichgültigkeit gegen die Kirche schimpften. Aus der Kirche kehrten sie nach Hause zurück, aßen Kuchen und legten sich wieder schlafen — bis zum Abend.

Die durch Jahre aufgehäufte Müdigkeit beraubte die Menschen des Appetits, und um essen zu können, tranken sie viel und reizten den geschwächten Magen mit scharf beizendem Branntwein.

Abends schlenderten sie faul durch die Straßen, und wer Galoschen hatte, zog sie sogar dann an, wenn es trocken war, und wer einen Regenschirm besaß, trug ihn selbst dann, wenn die Sonne schien.

Wenn sie einander begegneten, sprachen sie über die Fabrik, über die Maschinen, schimpften auf die Meister — sprachen und dachten nur das, was ihnen nahe war und mit der Arbeit zusammenhing. Nur vereinzelte Funken ungeschickter kraftloser Gedanken leuchteten in der langweiligen Oede der Tage auf. Nach Hause zurückgekehrt, zankten sie mit ihren Frauen und schlugen sie oft unbarmherzig. Die Jugend saß in den Wirtschaften oder veranstaltete abendliche Zusammenkünfte, spielte Harmonika, sang zotige, unschöne Lieder, tanzte, führte garstige Reden und trank. Von der Arbeit erschöpft, wurden die Menschen schnell betrunken, und in der Brust jedes einzelnen erwachte eine ganz unverständliche, krankhafte Erregung, die einen Ausweg forderte. Sie griffen krankhaft nach jeder Möglichkeit, dieses Gefühl der Unruhe zu entladen, fielen wegen unbedeutender Kleinigkeiten mit der fressenden Bosheit wilder Tiere übereinander her. Da entstanden dann blutige Zänkereien. Bisweilen endeten sie mit schweren Verletzungen, selten — mit Totschlägen.

Im Verhalten der Leute gegeneinander kam am meisten gerade dieses Gefühl lauernder Bosheit zum Vorschein, das ebenso eingewurzelt war wie die unheilbare Müdigkeit der Muskeln. Die Leute wurden mit dieser krankhaften Erregung geboren, sie war ihnen von ihren Vätern ererbt, begleitete sie wie ein Schatten bis zum Grabe und veranlaßte sie im Leben zu einer Reihe von Handlungen, die durch ihre zwecklose Grausamkeit abscheulich waren.

An Festtagen kam die Jugend spät nachts mit zerrissener Kleidung, in Schmutz und Staub, mit zerschlagenen Gesichtern zu Hause an und prahlte bösartig mit Schlägen, die man den Freunden beigebracht; wenn sie aber ihrerseits von anderen gekränkt war, schrie sie zornig oder unter Tränen über die erlittene Schmach, betrunken und kläglich, unglücklich und abstoßend. Bisweilen geleiteten die Mütter und Väter die Burschen nach Hause. Sie hatten sie irgendwo auf der Straße oder in der Wirtschaft sinnlos betrunken angetroffen, schimpften sie unflätig, schlugen die weichen, durch Branntwein entkräfteten Kinderleiber, legten sie dann mehr oder minder sorgfältig schlafen, um sie früh morgens, wenn das bösartige Brüllen der Fabrikpfeife als dunkler Strom durch die Luft floß, zur Arbeit zu wecken.

Sie schimpften und schlugen die Kinder aufs heftigste; gleichzeitig erschienen aber die Trunkenheit und das Gezänk der Jugend den Alten als eine ganz gesetzmäßige Tatsache. Als die Väter jung gewesen waren, hatten sie auch getrunken und sich geschlagen, und ihre Mütter und Väter hatten sie ebenfalls geprügelt. Das Leben war immer so — es floß in einem trüben Strom gleichmäßig und langsam Jahr für Jahr dahin, und wurde durch feste, uralte Gewohnheiten: Tag für Tag ein und dasselbe zu tun und zu denken, zusammengehalten. Und es schien, als hätte niemand weder Zeit noch den Wunsch, eine Aenderung zu versuchen.

000 Lokomotiven und 8000 Waggons bereitgestellt. Auch seien die von der Regierung der Vereinigten Staaten gespendeten 20 Millionen Bushel Korn bereits unterwegs, und weiterhin sei der von Amerika Moskau gewährte Kredit von 20 Millionen Dollar schon für Getreidekäufe verwandt worden.

Die Hetze beginnt.

Nach den rechtssozialistischen „P. P. N." soll gegen Eisenbahner, „die sich im letzten Streik „Sabotageakte" zuschulden kommen ließen", gerichtliche Verfolgung eingeleitet werden. Das bedeutet, daß die Klassenjustiz ihren Apparat in Bewegung setzt, um wegen jeder Bagatelle ein Verfahren gegen Streikende einzuleiten. Die Eisenbahner im ganzen Reich müssen sich gegen die Verfolgung und Maßregelung ihrer Kollegen wehren. Was tut der DEV., um seine Mitglieder zu schützen?

Schlesische Rundschau.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Wieder ein Opfer der kapitalistischen Ausbeutung.

Auf dem Moyrauschacht wurde Dienstag Nacht um 12½ Uhr der Kamerad Mohaupt aus Gottesberg beim Bühnlochmachen durch hereinbrechendes Gestein, welches das Zimmer zerbrach, auf der Stelle getötet, während der Schlepper Krause noch gerettet werden konnte. Der Kamerad, der eine Frau und 3 Kinder hinterläßt, konnte erst um 4 Uhr morgens durch kräftiges Zugreifen anderer Kameraden geborgen und über Tage gefördert werden.

SPD.- oder KPD.-Versammlung?

Am vergangenen Dienstag sollte in Kawallen eine öffentliche Volksversammlung der SPD. stattfinden, zu der ein Landtagsabgeordneter dieser Partei als Referent vorgemerkt war. Wer nicht erschien, war der Herr Landtagsabgeordnete. Dafür aber war auf besonderen Wunsch einiger Genossen, auch etlicher Genossen der SPD., aus Breslau der Redakteur, Genosse Maslowski erschienen, um sich in sachlicher Form mit dem SPD.-Referenten auseinanderzusetzen. Als nun der Redner der SPD. trotz eineinhalbstündigen Wartens nicht erschien, nahm unser Genosse das Wort zu einer kurzen Ansprache.

Er betonte, daß er trotz vieler Parteifehler der SPD. felsenfest daran glaube, daß die Arbeiter der SPD. doch einmal brechen werden mit der bürgerlichen Koalitionspolitik der offiziellen Parteiinstanzen, und daß so auf dem alten Boden des Klassenkampfes ein einiges Vorgehen aller Arbeiter in bestimmten Aktionen von statten gehen müßte. Als einigendes Band empfahl er die Aufnahme des Kampfes um die 10 Forderungen des ADGB., allerdings nicht in der Form, daß die Massen ausgeschaltet werden zugunsten irgendwelcher Kommissionen im stillen Kämmerlein, sondern daß sich die Arbeiter in ihrer Millionenstärke in den Betrieben und Gewerkschaften zur einheitlichen Kampffront zusammenschließen. Nur auf diesem Wege, indem die Massen ohne Rücksicht auf die Bremsklötze mit Stinnes koalierter Parteiführer die Gewerkschaften zwingen, ihre Forderungen nicht nur auf dem Papier stehen zu lassen, sondern in die Tat umzusetzen, nur in der Weise, daß die Massen den Gewerkschaften den Rücken stärken, kann die wirkliche Erfassung der Sachwerte erfolgen, kann vom Proletariat, das von Tag zu Tag anwachsende Elend abgewandt werden.

Der Redner legte im einzelnen die Stellung der Kommunisten in der Steuerfrage und der Frage der Arbeiterregierung vor den aufmerksam lauschenden SPD.-Genossen dar. Er betonte, daß kein Kommunist daran denke, einer kommenden Arbeiterregierung von vornherein zugunsten einer Rätediktatur Steine in den Weg zu legen. Im Gegenteil werde jeder Kommunist eine solche sozialistische Regierung solange unterstützen, solange sie wirklich ernsthaft im Sinne der arbeitenden Bevölkerung wirkt. Der Redner gab allerdings der Ueberzeugung Ausdruck, daß, wenn eine solche Regierung ernstlich den Kampf aufnimmt mit dem Kapital, sie naturnotwendig weitergedrängt werden müsse, daß sie nur die Einleitung sein könne zum entscheidenden Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Und als Resultat dieses Kampfes müsse dann mit historischer Notwendigkeit die Diktatur des Proletariats kommen, d. h. die Herrschaft der übergroßen Mehrheit des arbeitenden Volkes über eine Ausbeuterminderheit.

Heute jedenfalls sei notwendig, daß alle Arbeiter auf genau abgesteckte Ziele — z. B. die Erfassung der Sachwerte — sich einig und geschlossen festlegen, um Schritt für Schritt bis zum Sieg vorzustoßen. In diesem Sinne schloß der Redner mit einem warm aufgenommenen Appell zur proletarischen Einheitsfront.

Die Ausführungen des Kommunisten machten, da viele Anwesende sicher infolge der Verleumdungen und der Hetze gegen die Kommunisten diesen voreingenommen gegenüberstanden, auf die Arbeiter der SPD. einen überraschenden und günstigen Eindruck. Besonders diejenigen, die schon lange nicht zufrieden waren mit der Rechtsentwicklung der SPD., pflichteten ohne Zweifel den Ausführungen des Kommunisten bei.

In der Versammlung wurde die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" sehr gut abgesetzt und es steht zu hoffen, daß die dortige Ortsgruppe der KPD. jetzt ein leichteres Arbeiten haben wird.

Einige Agrarier, die erschienen waren, um sich vielleicht von dem SPD.-Landtagsabgeordneten bescheinigen zu lassen, daß die „Sozialisierung" nicht gar so gefährlich sei für ihren Geldsack, verließen fuchsteufelswild zum Gaudium der proletarischen Besucher, sogar ohne ihren dampfenden Grogg auszutrinken, den Saal, als ein leibhaftiger ††† Kommunist den Arbeitern aus dem Herzen zu sprechen begann.

Die Republik ist gerettet.

Die Arbeiterschaft kam durch die Ermordung Erzbergers einigermaßen in Wallung, vereinigte sich zur geschlossenen Front und verlangte unter anderem Reinigung der behördlichen Stellen von den reaktionären Beamten. In dieser Hinsicht ist nichts geschehen. Die Verwaltungs-, Justiz-, Eisenbahn- und Postbehörden sind weiter reaktionär. Jetzt wird dem republikanischen Gedanken aufs nachdrücklichste Geltung verschafft. Durch die bürgerliche Presse geht folgende Meldung:

Schwarz-rot-gold bei der Reichspost.

Die Beutel der Reichspost trugen bisher schwarz-weiß-rote Längsstreifen. Schwarz-rot-gold soll jetzt auch hier durchgeführt werden. Das Reichspostministerium hat dafür neue Bestimmungen getroffen. Die Beutel erhalten einen schwarz-rot-gelben Längsstreifen und die Aufschrift „Deutsche Post" in schwarzer Farbe. Die Aufschrift wird mit der Maschine aufgedruckt oder unter Verwendung einer Schablone mit der Hand angebracht. Eine besondere Beutelausgleichsstelle in Berlin beschafft den gesamten Beutelbedarf der Reichspost mit Einschluß der Kurs- und Zeitungssäcke für den inländischen Verkehr sowie für den europäischen Auslandsverkehr. Die Stelle verteilt Beutel auf die Bedarfsstellen. Sie hat den Umlauf der Beutel nötigenfalls in die richtigen Wege zu leiten und den Nachweis über die Beutel und Säcke für den inländischen Verkehr zu führen.

Kollossal ist das, die Republik ist gerettet. — Diese Maßnahme charakterisiert so recht die Haltung der Regierung. In kleinen, ganz nebensächlichen Dingen steckt man den ollen, guten demokratischen Republikaner heraus und in grundsätzlichen Fragen wird genau so reaktionär genau so im Interesse des Kapitalismus gehandelt, wie früher. Ob diese Geldsack-Demokratie schwarz-weiß-rot oder schwarz-rot-gold ist, ist für die Arbeiterschaft nicht so wichtig, wie die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Von den Quäkern.

Wie uns das American Friends Service Comittee (Kinderhilfskommission der Religiösen Gesellschaft der Freunde — Quäker — von Amerika) mitteilt, wird die zur Speisung unterernährter deutscher Kinder von ihr eingerichtete Organisation — die von vornherein nur so lange bleiben sollte, als sie tatsächlich dem deutschen Volke irgendwelche Dienste leisten konnte — aufgelöst und die von den amerikanischen Spendern anvertrauten Lebensmittel, den Deutschen zur Verwaltung übergeben. Dieser Wechsel in der Verwaltung wird von den Quäkern wie folgt begründet:

Erstens wird dadurch die Möglichkeit gegeben, daß die Kinderspeisung von den zuständigen Wohlfahrtsstellen in Deutschland weitergeführt wird, so daß dieselbe, wenn ein Bedürfnis danach vorliegt, ein Teil der ständigen Wohlfahrtspflege werden kann.

Zweitens ist dieser Wechsel durch die kritische Lage in Rußland notwendig geworden, wo 20 bis 25 Millionen Menschen in diesem Winter dem Hungertode entgegensehen.

Die Quäker wirken seit 1916 in Rußland. Um unsere Arbeit dort weiter auszudehnen und unsererseits zur Erleichterung der schrecklichen Lage etwas beizutragen, müssen wir unsere Personal-Unkosten in Deutschland verringern und einen Teil unseres amerikanischen Personals für den Dienst in Rußland frei machen.

Die Sammlung, die zurzeit in den Vereinigten Staaten durchgeführt wird, um Geld für die Fortsetzung der Kinderspeisung in Deutschland aufzubringen, ist bisher so erfolgreich ausgefallen, daß wir bis zu den Sommerferien 1922 die Verpflichtung übernehmen können, durchschnittlich täglich 500 000 Kinder zu speisen.

Die Zuweisungen für diese Speisungsperiode werden die gleichen sein, und die bestehenden Richtlinien werden weiter benutzt werden. Wir haben den Spendern in Amerika versprochen, daß die Kinderspeisung nach denselben Grundsätzen wie bisher weitergeführt wird. Danach sollen die zu speisenden Kinder durch den Wechsel in der Verwaltung keine Veränderung des Speisungsprogramms merken.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir unseren deutschen Mitarbeitern unsern herzlichen Dank für ihre treue Unterstützung die sie uns im Interesse der Kinder gewährt haben, aussprechen. Es sind die Beamten und Angestellten der Städte und Landkreise, die Mitglieder der Ausschüsse, alle die, welche in den Büros die Berichte fertigstellen und die das Essen in den Speisezentren austeilen und in den Küchen kochen, auf die wir bauen müssen, um das Speisungswerk zu einem Erfolg zu leiten. Es wäre der kleinen Anzahl des amerikanischen Personals in Deutschland unmöglich gewesen, die Kinderspeisung durchzuführen, wenn sie nicht jederzeit die unermüdliche Mitarbeit tüchtiger Deutscher zur Seite gehabt hätte. Insofern sie bei der Durchführung der Speisungsarbeit mitgeholfen haben, haben sie Anspruch auf den Dank der Kinder, ebenso gut wie der Quäker. Die Kinderspeisung ist als ein „Liebeswerk" durchgeführt worden, ohne Rücksicht auf Stand, Religion und politische Anschauungen, und der Erfolg, der erreicht worden ist, ist größtenteils dieser Tatsache zuzuschreiben. Die Ueberleitung der Organisation in die deutsche Hand ist nur ein weiterer Schritt in unserem gemeinsamen Werk. Fast zwei Jahre lang hat der Deutsche Zentral-Ausschuß in enger Verbindung mit der Kinderhilfsmission gearbeitet und uns mit Rat und Hilfe in der Ausführung unserer Arbeit unterstützt. Wir setzen größtes Vertrauen in den Deutschen Zentralausschuß und sind davon überzeugt, daß er geeignet ist, das Werk sachgemäß im Interesse der deutschen Kinder fortzuführen. Bei der Uebergabe des Werkes an diese Stelle ist es unser größter Wunsch, daß Sie als unsere deutschen Mitarbeiter in Ihrer eigenen Organisation mit derselben unermüdlichen Hingabe arbeiten mögen, wie sie es mit uns getan haben. Der Zweck der Speisung ist immer noch der Aufbau der Gesundheit der Kinder, und die Kinder brauchen Ihre Hilfe und Unterstützung in der Zukunft ebenso wie in der Vergangenheit. Möge die Speisung weiterhin ein „Liebeswerk" bleiben.

Aus der Partei.

Zu den Parteidifferenzen.

Gedanken eines Genossen aus dem Betriebe.

Und nun saß ich da in Nieder-Salzbrunn am 8. d. M. und lauschte den Ausführungen der wortreichen Genossen, den Worten der Mehrheit und denen der Opposition. Je mehr Genossen sprachen, desto klarer wurde es mir, daß die sogenannte Krise nicht von heut auf morgen, nicht plötzlich entstanden war. Es war klar, daß beide Parteien nur das Beste für die Bewegung wollten, nur daß sie auf Grund der gesammelten Erfahrungen zu verschiedenen Ansichten gekommen waren. Und es ist gut so, wenigstens für die in der Partei und außerhalb derselben, die zu denken gewohnt sind. Es wurde mir aber auch klar, daß die Frage: „für oder wider" nicht leicht zu lösen ist. Bei der Debatte wurden Namen von Radek und vielen anderen führenden Genossen der Internationale aufgeführt. Leider mußte ich feststellen, daß ich das meiste von dem Angeführten nicht gelesen habe. Und da dachte ich an die anderen Genossen im Betriebe, die noch weniger lesen als ich, vielleicht nur die Zeitung; und an die anderen Kameraden, von denen einige bei der SPD. sind, die meisten aber gar keiner Partei angehören. Was für einen Eindruck wird auf sie die ganze Geschichte machen? Es ist klar, daß die Interessenlosigkeit noch größer wird, also wir einen Rückschritt auf dem Wege zur Niederzwingung des kapitalistischen Systems zu verzeichnen haben werden. Ist denn da keine Abhilfe zu schaffen? Ein starker Wille findet stets einen Weg! Es liegt bloß an uns, Genossen! Nochmal müssen wir uns Rechenschaft geben, aus was für einem Grunde wir zur KP. gegangen sind. Haben wir es etwa aus Liebe zu den schönen Augen irgend eines führenden Genossen getan? Oder weil wir paar Mark Geld für Beiträge los werden wollten? Oder weil das Wort Kommunist uns schmeichelte? Nein doch, Genossen! Wir haben einfach die Lust verloren, nur für andere zu arbeiten. Ein einzelner kann gegen die Ausbeuter nicht erfolgreich kämpfen, deshalb haben wir uns organisiert. Und zur KP. sind wir deshalb gegangen, weil wir wissen, daß ohne dieselbe Rücksichtslosigkeit im Klassenkampf, wie sie die Kapitalistenklique uns gegenüber anwendet, nicht gekämpft werden kann. Ein bloßes Wortbekenntnis zur Diktatur des Proletariats, wie bei der USP., genügt aber nicht. Was man für richtig hält, danach muß man auch handeln; tut man es nicht, so ist man kein Kämpfer, sondern ein Waschlappen. Und da müssen wir uns fragen: Aendert sich denn etwas an diesen unseren Grundsätzen, wenn irgend eine Einzelperson in der Zentrale oder sonst wo plötzlich ihre Meinung ändert? Nein! Die Mitglieder der Zentrale können unsretwegen sich gegenseitig auffressen oder totschlagen, unser Glaube an den endgültigen Sieg bleibt deswegen bestehen, unsere Hauptgrundsätze stehen felsenfest da! Die SPD. mag höhnen; höhnen in ähnlichen Situationen kann nur der, der es unehrlich meint mit seinen Klassengenossen. Und deshalb darf keiner von uns die Flinte ins Korn werfen! Denkt an Rußland: nur durch eine konsequent revolutionäre Politik ohne Rücksicht auf das Geschrei der Menschewisten, Pazifisten, Opportunisten sind die russischen Genossen dort ans Ruder gelangt und nur uns — den deutschen Arbeitern — haben sie es zu verdanken, wenn sie jetzt gezwungen sind, einige vorübergehende Zugeständnisse der Bourgeoisie zu machen.

Ursus.

Ernst Friesland teilt mit, daß er über die Nichtniederlegung seines Mandats durch die S-Korrespondenz keine Erklärungen in die Oeffentlichkeit gebracht hat.

Neues vom Tage.

Die Kindererziehung in der deutschen Republik.

Unser Chemnitzer Parteiorgan „Kämpfer" berichtet:

„Ein erschütterndes Bild sozialen Elends bot sich am Dienstag, den 3. Jahr, nachmittags den Reisenden auf dem Bahnhofe Lauter (Erzgebirge). Drei Zöglinge der Fürsorgeanstalt Johann-Georgen-Stadt, Knirpse von 8 bis 12 Jahren, die sich wahrscheinlich in kindlicher Sehnsucht nach Eltern und Geschwistern aus der Anstalt entfernt hatten, erwarteten ihren Rücktransport durch einen Aufseher aus der Anstalt. Mit Ketten zusammengeschlossen, in leichter Kleidung, vor Kälte und Hunger zitternd, standen sie da, während die Angst vor dem liebreichen Empfang, der sie erwartete, deutlich aus den kleinen Gesichtern zu lesen war."

Bisher waren die Ketten in Deutschland nur für Schwerverbrecher und Kommunisten (was doch ein und dasselbe ist) bestimmt. Jetzt kommen noch Arbeiterkinder hinzu. Mit gewissenloser Leichtfertigkeit wollen die „Volkserzieher" in ihrem blinden Arbeiterhasse die „Autorität der Schule" durch Ketten heben, in voller Verkennung, daß diese Art Erziehung meist das erste Stadium der Verbrecherlaufbahn bedeutet. — Arbeiter! Genossen! Kämpft gegen die heutige heuchlerische Gesellschaft, für die neue Schule, die Schule der befreiten Menschheit!

80 000 Mark täglich für den Reichstag.

Die Kosten des Reichsparlaments sind recht beträchtlich. Während der Reichstag im Frieden ungefähr 3 Millionen Mark Kosten jährlich verursachte, beziffert sich diese Summe nunmehr auf fast das Zehnfache, nämlich rund 29 Millionen Mark im Jahre oder 80 000 Mark täglich.

Eine Straßenbahnfahrt 80 Kronen.

Der Wiener Gemeinderat hat die Erhöhung der Straßenbahntarife auf 60 Kronen bei Tag und 80 Kronen für die Fahrt in den Abendstunden beschlossen.

Lohndrückungs-Kampagne in der Schweiz.

Bern. Die Arbeitgeber des Buchdruckergewerbes haben den Tarifvertrag gekündigt, um die Löhne der Angestellten angesichts des Rückganges der Teuerung und der Verschärfung der nationalen Wirtschaftskrise herabsetzen zu können.

Die Teuerung in Oesterreich.

Wien. Auf Grund des Ergebnisses einer im Bundesministerium für Volksernährung stattgefundenen Beratung wurde mit Wirksamkeit vom 8. Januar der Preis für einen Laib Brot im Gewicht von 1 260 Gramm mit 316 Kronen, für ein Kilogramm Verschleißmehl mit 500 Kronen festgesetzt.

Die Arbeislosigkeit in Schweden.

Stockholm. Amtl. Ber. Schweden hatte am 30. November 1921 117 000 Arbeitslose, davon erhielten etwa 35 000 Unterstützungen in Bargeld. Die vom Staate und den Gemeinden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unternommenen Arbeiten beschäftigten etwa 28 000 Arbeiter. Im ganzen gab der Staat 1921 zur Unterstützung der Arbeitslosen 35 Millionen Kronen aus.

Stinnes als Zeitungskäufer.

Die Stinnesierung der Presse macht täglich Fortschritte. Jetzt hat die Großfinanz der Deutschen Volkspartei auch die bisher demokratische „Ostsee-Zeitung" angekauft. Damit verliert die deutsch-demokratische Partei ihr Hauptorgan in Pommern. Bald wird es überhaupt keine demokratischen Blätter mehr geben und die meisten ihrer Redakteure haben es bereits rechtzeitig verstanden, schon unter der alten Firma die Politik der Schwerindustrie mitzumachen, wie es die Deutsche Volkspartei befahl.

Gewerkschafts-Bewegung.

Bergarbeiterversammlung in Rothenbach.

Am 8. d. Mts. fand hier eine Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes statt, bei der der Verbandsangestellte Scholz-Gottesberg wieder Gelegenheit hatte, seine Weisheiten und sein Redetalent zu zeigen. Die Hauptsache war die Wahl einer neuen Ortsleitung, die auch glatt vonstatten ging, bis auf einen Genossen von der KPD., der in den Vorstand vorgeschlagen wurde, die Wahl aber ablehnen mußte, da er durch Schikanen seitens der Polizei seine deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat. Im großen und ganzen machte die Versammlung den Eindruck, als wenn die Kameraden sich mit der erhöhten Ausbeutung und den unverschämt hohen

Genossen! Zeichnet Anteilscheine der neuen Produktivgenossenschaft „Schlesien"! Aus Werk!

Steuern ganz abgefunden hätten. Nur der Kamerad Kittler fand einige Worte, um seine Empörung über die heutigen Zustände zum Ausdruck zu bringen. Unbefriedigt gingen alle nach Hause, denn sie sehen wohl den Druck der Ausbeuter, aber niemand rief zum Kampfe auf, niemand weckte den Glauben an den Sieg. — Es gibt noch viele Arbeitskameraden, aber wir sind froh, arbeiten zu können. Unsere Kinder werden es uns danken.

Lohnbewegung der Uhrenarbeiter.

Der „Südd. Arb.-Ztg." entnehmen wir folgende Notiz:

Die Arbeiter der Uhrenindustrie stehen zurzeit in einer Lohnbewegung, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Die Industriellen hatten den Schiedsspruch des Rottweiler Schlichtungsausschusses, der sich an das Abkommen in der Metallindustrie Württembergs anlehnt, abgelehnt. Nachdem nun das Württbg. Arbeitsministerium die Zusprechung der Verbindlichkeitserklärung wegen Unzulänglichkeit abgelehnt hatte, waren die Arbeiter gezwungen, den Kampf mit dem Unternehmertum aufzunehmen. In einer geheimen Abstimmung stimmten 90 Prozent aller Arbeiter für den Kampf. Außer einer geringen Zahl Unorganisierter, die zur Abstimmung nicht berechtigt waren, stimmten z. B. in Schramberg 3500 Arbeiter für und 126 gegen den Kampf. Besser noch als diese Abstimmung war die am 5. Januar eingereichte Kündigung. Bei Gebr. Junghans A.-G., die rund 3000 Arbeiter beschäftigt, haben 2270 die Kündigung eingereicht. Diese Zahl gewinnt an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß zirka 500 Arbeiter zurzeit krank sind und eine nicht unbedeutende Zahl von Angestellten, die im Büro tätig sind, nicht abstimmen konnten.

Fast restlos hat die Arbeiterschaft ihren Kampfeswillen gezeigt. Die Herren Unternehmer dürfen doch nicht glauben, daß sie es mit einer Arbeiterschaft von 1907 zu tun haben. **Die Arbeiter werden am 12. Januar die Arbeit niederlegen und sich ihr Recht erkämpfen. Die Arbeiterschaft des Schwarzwalds wird zeigen, daß sie nicht gewillt ist, noch fernerhin die rückständigen Lohnsklaven zu sein. Sie werden, wenn sie einig bleiben, diesen Kampf siegreich bestehen.**

Kommunistischer Erfolg im DMV.

Berlin, 11. Januar. Soeben wird uns aus Hagen i. W. gemeldet, daß bei den Wahlen zur Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes die Kommunisten einen großen Erfolg erzielten. Die KPD. erhielt 9, die USP. 3 Sitze.

Achtung, Eisenbahner!

Nach den rechtssozialistischen „P.P.N." soll gegen Eisenbahner, die sich im letzten Streik „Sabotageakte" zuschulden kommen ließen", gerichtliche Verfolgung eingeleitet werden. Das bedeutet, daß die Klassenjustiz ihren Apparat in Bewegung setzt, um wegen jeder Bagatelle ein Verfahren gegen Streikende einzuleiten. Die Eisenbahner im ganzen Reich müssen sich gegen die Verfolgung und Maßregelung ihrer Kollegen wehren. Was tut der DEV., um seine Mitglieder zu schützen?

Zum allgemeinen Gewerkschaftskongreß der Tschechoslowakei.

En. Am 22. Januar tritt der tschechoslowakische Gewerkschaftskongreß zu einer sehr wichtigen Tagung zusammen. Dort wird entschieden werden, ob die tschechoslowakischen Gewerkschaften weiterhin der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angehören, oder ob sie sich der Roten Gewerkschaftsinternationale anschließen sollen. Nachdem das Gros der politisch organisierten Arbeiter sich der Kommunistischen Partei angeschlossen und nachdem sich die Mehrzahl aller Gewerkschaftsversammlungen für die Rote Gewerkschaftsinternationale ausgesprochen hat, ist zu erwarten, daß der Kongreß den Anschluß an die RGI. beschließt.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei richtet an die Arbeiterschaft anläßlich des Gewerkschaftskongresses einen Aufruf, in dem zunächst mit aller Schärfe der Standpunkt vertreten wird, daß, mag die Entscheidung für oder gegen die RGI. ausfallen, die Einheit der Gewerkschaften unter allen Umständen erhalten bleiben muß, d. h. daß die Gewerkschaften entweder geschlossen zur RGI. gehen, oder geschlossen bei Amsterdam bleiben sollen.

Des weiteren wendet sich der Aufruf an die deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei, die sprachliche Trennung aufzugeben und sich mit den tschechoslowakischen Gewerkschaften restlos zu vereinigen. Diese Aufforderung ist um so berechtigter, als der kapitalistische Gegner auch nicht national getrennt ist und alle Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität ausgebeutet. In dieser Erkenntnis haben sich auch die deutschen Sektionen der Kommunistischen Partei mit ihren tschechischen Brüdern zu einer Partei vereinigt. Diese Frage berührt einen alten Meinungsstreit. Bekanntlich haben sich noch im kaiserlichen Oesterreich die tschechischen Gewerkschaften unter Führung von Tamer von den unter deutscher Leitung stehenden österreichischen Gewerkschaften abgesondert. Von den deutschen Gewerkschaftsführern und Sozialdemokraten wurde damals diese Trennung als eine gegen den internationalen Geist gerichtete Aktion bezeichnet. Als aber mit Kriegsschluß die Tschechoslowakei ein selbständiger Staat wurde, haben sich die alten deutschen Gewerkschaftsführer geweigert, die deutschen Minoritätsgruppen den tschechischen Gewerkschaften anzuschließen, und fast alle diese alten Bürokraten stehen heute noch auf diesem Standpunkt. Damit zeigen sie, daß sie seinerzeit nicht im Interesse der proletarischen Internationale gegen die Trennung auftraten, sondern aus deutschnationalistischen Gründen. Es ist zu wünschen, daß die deutschen Proletarier in der Tschechoslowakei diesen falschen Standpunkt korrigieren und sich restlos mit den tschechischen Gewerkschaften vereinigen. Ganz besonders muß von unseren dortigen deutschen Genossen in den Gewerkschaften verlangt werden, daß sie im Interesse der internationalen proletarischen Solidarität in diesem Sinne tätig sind.

Lokales.

Breslau. **Die kommunistische Kindergruppe.**

Genosse! Genossin!

Schickst du dein Kind in die kommunistische Kindergruppe? Wenn du deiner Klasse dienen willst, wenn du dein Kind vor dem Klassenfeind schützen willst, dann schicke dein Kind in die Kommunistische Kindergruppe. Jeden Mittwoch und Freitag kommt die Kindergruppe von 4—6 Uhr in der Minoritenschule (an der Dorotheenkirche) zusammen, um bei Spiel und guter Unterhaltung beisammen zu sein.

Genosse! Genossin! Wenn du Klassenbewußtsein hast, wirst du ohne weiteres begreifen, daß die Kommunistische Kindergruppe mit allen Mitteln gefördert werden muß. Dein Kind wird sich dort wohl fühlen und immer wieder hingehen wollen, wenn es einmal dort war. Du tust deiner Klasse einen Dienst und deinem Kinde eine Freude; also auf in die Kommunistische Kindergruppe.

Nummer 4

der illustrierten Zeitung „Sowjet-Rußland im Bild" erscheint am 15. Januar.

Bestellungen darauf, sowie auf Nummer 1, 2 und 3, von denen noch eine geringe Anzahl vorhanden ist, sind zu richten für alle Arbeiter-Organisationen an das Arbeiterhilfskomitee, Berlin C, Rosenthalerstraße Nr. 38.

Für Buchhandel und Einzelbezieher:

Malik-Verlag, Berlin-Halensee, Kurfürstendamm Nr. 76.

Neuerung in der Telegramm-Bestellung.

Die Oberpostdirektion teilt mit:

Die Inhaber von Fernsprechanschlüssen können beantragen, daß die für sie eingehenden Telegramme ihnen durch ihren Anschluß zugesprochen werden. Die Zusprechung ist kostenlos. Die Telegrammausfertigungen werden den Antragstellern nach erfolgter Zusprechung durch die Post zugestellt. Im Belange einer beschleunigten Telegrammzustellung empfiehlt es sich, von dieser Einrichtung regen Gebrauch zu machen. Die Anträge sind schriftlich von Breslauer Teilnehmern an das Telegraphenamt und von den übrigen Teilnehmern an das zuständige Postamt zu richten.

Oels. **Aus der deutschen Republik.**

Die „Schlesische Tagespost" meldet aus Oels:

Die bisherige Sächsische Güterdirektion in Oels ist unter dem 1. Januar 1922 zur „Generaldirektion Sr. Maj. des vormal. Königs von Sachsen" erhoben worden. Generaldirektor ist Oberst v. Thaer.

Ist das ein Ausbruch von Größenwahnsinn oder will man dokumentieren, daß die Ebertrepublik nur eine übertünchte Fassade ist?

Nieder-Hermsdorf. Freie Elternvereinigung. Wir machen unsere Mitglieder sowie alle Freunde und Gönner, welche Interesse an der Errichtung der weltlichen Schule in unserem Orte haben, darauf aufmerksam, daß Sonntag, den 22. Januar, nachm. 4 Uhr, in der Aula der evangelischen Schule eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfindet. Da über die zu errichtende weltliche Schule Beschluß gefaßt werden soll, ist es Pflicht, daß alle an der Versammlung teilnehmen. Auch in unserem Orte versucht die Gegnerschaft uns die Mitglieder abspenstig zu machen. Darum aufgewacht und an die Arbeit, damit auch in Hermsdorf die freie Schule errichtet wird. Es wird daher eine rege Beteiligung an der Versammlung erwartet.

Landeshut. Freireligiöse Versammlung. Die am 9. d. Mts. abgehaltene Mitgliederversammlung befaßte sich nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten mit dem beabsichtigten Verkauf des Klosters Grüssau an die aus der Tschechoslowakei ausgewiesenen Mönche des Benediktinerordens. (Die Schl. Arb.-Ztg. berichtete bereits in der Nummer vom 30. Dezember darüber.) Beschlossen wurde, als Protest folgendes Schreiben an das Kultusministerium zu senden:

Die am 9. d. Mts. tagende Mitgliederversammlung der Freireligiösen Gemeinde nimmt Kenntnis von dem beabsichtigten Verkauf des dem Staate gehörenden Klosters Grüssau an die dort nach dem Kriege angesiedelten Mönche. Sie erhebt hiergegen schärfsten Protest, da die Baulichkeiten und Umgebung sich vorzüglich für Schul- und Erziehungszwecke sowie zur Unterbringung von erholungsbedürftigen Kindern, erwachsenen Kranken, Kriegsverletzten und Invaliden eignet, muß eine derartige Verwendung der Baulichkeiten von der Regierung energisch verlangt werden. Die Arbeiterschaft erwartet von ihren politischen Vertretern in den Parlamenten den schärfsten Kampf gegen diese Verschleuderung von Staatseigentum.

Rothenbach. Zum Kampf um die weltliche Schule. Wie groß der Einfluß der Geistlichkeit hier am Orte noch ist, und wieviel Arbeit wir noch zu leisten haben, zeigt folgendes Beispiel. Bei der Agitation von Haus zu Haus ist dem Gen. Schenk ein Bergmann begegnet, der auf die Aufforderung, seine Kinder in die weltliche Schule zu schicken, folgende Antwort gab: „Kinder habe ich nicht. Wenn ich aber welche hätte, würde ich sie nie in eine weltliche Schule schicken, denn ich will nicht, daß sie zu Räubern und Spitzbuben erzogen werden." Es liegt klar auf der Hand, daß der Bergmann nicht durch eigenes Denken zu dieser Ansicht gekommen ist, sondern nur dank der Gegenagitation der hiesigen Geistlichkeit. Es ist wirklich traurig, daß die Geistlichkeit so wenig Bildung besitzt, da sie derartige Ansichten verbreitet.

Versammlungs-Kalender.

KPD. Breslau.

Distrikt 1/2 Krullstraße 6
" 5 Ofenerstraße 28
" 3a Kletschkaustraße 18
" 3/18 Vinzenzstraße
" 4/14 Gellhornstraße 21
" 5a Vorwerkstraße 63
" 6 Hubenstraße 50
" 7a Fröbelstraße 10
" 7 Luisenstraße 18
" 8 Zobtenstraße 26
" 9a Berlinerstraße 37
" 9 Alsenstraße 62
" 10 Pöpelwitzstraße 21
" 12 Anderssenstraße 30

Heut Freitag, 7½ Uhr abends: Distrikts-versammlungen.

Thema: **Die Produktivgenossenschaft.**

Genossen, Genossinnen, erscheint vollzählig, bringt die Säumigen mit.

Kommunisten der Linke-Hofmann-Werke! Sonnabend, den 14. 1., abends 7½ Uhr, **Fraktionssitzung** im Parteilokal. **Wichtige Tagesordnung!** Alle bei den Linke-Hofmann-Werken beschäftigten Kommunisten, auch alle Jugendgenossen, haben unbedingt zu erscheinen.

KPD. Breslau. Montag, den 16. Januar, abends 7 Uhr, **Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnisfeier** in den Central-Ballsälen, Westendstraße.

Dienstag, den 17. Januar, abends 5 Uhr, **Nähabend der Frauen** für die Rußlandhilfe.

6½ Uhr abends, **Sitzung der Frauen-Agitationskommission.**

7½ Uhr abends, **Frauen-Mitgliederversammlung.** Genossinnen haltet Euch bereit für diesen Tag und erscheint vollzählig.

KJ. Breslau. Kreisleitungssitzung. Sonnabend, den 14. Januar abends 6 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistraße 49/50.

KPD. Altwasser. Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Eisernen Kreuz", **Generalversammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht von der Vorstände-Konferenz in Nieder-Salzbrunn. 2. Kassenbericht. 3. Jahresbericht der Ortsleitung. 4. Neuwahl. 5. Verschiedenes. — Da in dieser Versammlung auch der gefallenen Revolutionshelden, vor allem Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, gedacht werden soll, ist das Erscheinen aller Genossen Pflicht. Genossen, bringt auch Eure Frauen mit, ebenso sind die Jugendgenossen eingeladen.

KPD. Nieder-Hermsdorf. Sonntag, den 15. Januar, vormittags 9 Uhr, **General-Versammlung** (Lokal: „Hopfenblüte"). Tagesordnung: 1. Verlesen des letzten Protokolls. 2. Kassen- und Jahresbericht. 3. Neuwahl der gesamten Ortsleitung. 4. Vortrag des Genossen Metzer. 5. Anträge und Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Genossen, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

KPD. Landeshut. Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof zur Sonne: **Oeffentliche Volksversammlung.** Genossin Minna Reichert-Berlin wird die schwebenden wirtschaftlichen und politischen Fragen der Gegenwart besprechen. Genossinnen und Genossen! Werbt schon heute für einen Massenbesuch dieser Versammlung, ladet insbesondere die Frauen dazu ein. Den Genossinnen und Genossen zur Mitteilung, daß von nun an **jeden Montag abend, pünktlich 8 Uhr, in der alten Mühle** (Nebenzimmer), **Diskussionsabende** stattfinden. An den Genossen und Genossinnen liegt es nun, sich zur Bereicherung ihres Wissens im Kampfe mit den Dunkelmännern aller Schattierungen, regelmäßig und zahlreich zu erscheinen.

An die Kolporteure und Ortsgruppen-Vorsitzenden!

Diejenigen Kolporteure, die bis heute noch nicht das Abonnementsgeld für Monat Dezember mit uns abrechneten, wollen dies sofort nachholen. Wir ersuchen die Ortsgruppenvorsitzenden, ihre Kolporteure daraufhin zu kontrollieren. Die Ortsgruppen, die bis zum 20. Januar den vergangenen Monat nicht abgerechnet haben, werden in der Zeitung als Restanten veröffentlicht.

Verlag und Expedition.

Genossen!

Sammelt bei den Gedächtnis-Feiern für die Rote Hilfe!

Verantwortl. Redakt.: Erich Deutsch; Inserate: Max Zschocher
Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H.
Druck: Püffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne. Tel. R.2595
Heute und täglich 7½ Uhr:
Die Tangogräfin.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Die Rose von ...

Liebich-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Das grosse
Januar-Programm

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Das glänzende
Varieté-Programm

Täglich ab ...
Alhambrahalle
...
... Schuhbrücke 1.

Matthias-Kino
Matthiasstr. 38
Moltkestr. 9.

Peter Hergetz
der Sittlichkeitsverbrecher. — 6 Akte.
Ferner:
Die Briefe der Frau Romberg
5 Akte.
Bühnenschau.
Klamt
Humorist.

Wandkalender
der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"
für das Jahr 1922
mit Verzeichnis aller wichtigen Ereignisse
nach der November-Revolte
auf extrastarkem Karton gedruckt (zum Aufhängen)
Preis Mk. 1.—
Zu beziehen durch den Verlag der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung", Breslau, Nikolaistraße 49/50

Genossinnen und Genossen!
Werbt unermüdlich Inserenten für d.
Schlesische Arbeiterzt..

Neu-Salzbrunn - Weißstein - Ober-Salzbrunn.
Sonntag, den 15. Januar 1922
abends 6½ Uhr
Liebknecht-Luxemburg-Feier
im „Finsterbrunn", Neu-Salzbrunn.

Proletarier lies!
Nur durch Vertiefung des Wissens kann die geistige Diktatur des Kapitals gebrochen werden!
Die Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbschener Str. 45
hat ein reichhaltiges Lager aller einschlägigen proletarischen Literatur
Bücherverzeichnisse kostenlos!

Achtung! Wo?
kauft man neue und gebrauchte MÖBEL sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten?
Bei H. Kluge
Neumarkt 12, part. I. Etg.

Wiederverkäufer
kaufen billig und gut
Socken, Hemden, Unterhosen, Trikotagen, Garne, Zwirne, Kurzwaren, gute Wolle, Reichsbekleidung usw. bei
E. Lehnart, Breslau
Poststraße 7.
Mustersendung per Nachn. v. 100 M. an.
Preisliste gratis.